

No. 54595*

**Germany
and
Lithuania**

Agreement between the Federal Ministry for the Environment, Nature Conservation, Building and Nuclear Safety of the Federal Republic of Germany and the Ministry of Environment of the Republic of Lithuania concerning the joint implementation of environmental protection pilot projects in the Republic of Lithuania. Berlin, 22 June 2016

Entry into force: *22 June 2016 by signature, in accordance with article 7*

Authentic texts: *German and Lithuanian*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Germany, 27 July 2017*

**No UNTS volume number has yet been determined for this record. The Text(s) reproduced below, if attached, are the authentic texts of the agreement /action attachment as submitted for registration and publication to the Secretariat. For ease of reference they were sequentially paginated. Translations, if attached, are not final and are provided for information only.*

**Allemagne
et
Lituanie**

Accord entre le Ministère fédéral de l'environnement, de la Protection de la Nature, de la Construction et de la Sûreté nucléaire de la République fédérale d'Allemagne et le Ministère de l'environnement de la République de Lituanie concernant la mise en oeuvre en République de Lituanie de projets pilotes communs pour la protection de l'environnement. Berlin, 22 juin 2016

Entrée en vigueur : *22 juin 2016 par signature, conformément à l'article 7*

Textes authentiques : *allemand et lituanien*

Enregistrement auprès du Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies : *Allemagne, 27 juillet 2017*

**Aucun numéro de volume n'a encore été attribué à ce dossier. Les textes disponibles qui sont reproduits ci-dessous sont les textes originaux de l'accord ou de l'action tels que soumis pour enregistrement. Par souci de clarté, leurs pages ont été numérotées. Les traductions qui accompagnent ces textes ne sont pas définitives et sont fournies uniquement à titre d'information.*

[GERMAN TEXT – TEXTE ALLEMAND]

Abkommen

zwischen

dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

der Bundesrepublik Deutschland

und

dem Ministerium für Umwelt

der Republik Litauen

über

die gemeinsame Durchführung von Umweltschutzpilotprojekten

in der Republik Litauen

Das Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
der Bundesrepublik Deutschland
und
das Ministerium für Umwelt
der Republik Litauen -

- nachfolgend Vertragsparteien genannt -

im Geist der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Litauen,

in dem Wunsch, die freundschaftlichen Beziehungen durch weitere Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes zu festigen und zu vertiefen,

eingedenk des Abkommens zwischen dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und dem Department für Umweltschutz der Republik Litauen vom 16. April 1993 über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes,

in Anbetracht der gemeinsamen Verantwortung für die natürlichen Lebensgrundlagen in Europa und in der Absicht, zur Verminderung von globalen Umweltbelastungen beizutragen,

eingedenk des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen vom 9. Mai 1992 über Klimaänderungen, des Protokolls von Kyoto vom 11. Dezember 1997 und des Abkommens von Paris vom 12. Dezember 2015 zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen -

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Dieses Abkommen regelt die Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium für Umwelt der Republik Litauen bei der gemeinsamen Durchführung von Umweltschutzpilotprojekten auf dem Gebiet der Republik Litauen, im Weiteren „Projekte“ genannt.

(2) Die Vertragsparteien halten sich bei der Durchführung der Bestimmungen dieses Abkommens an die auf dem jeweiligen Hoheitsgebiet der Vertragsparteien geltenden Gesetze.

Artikel 2

(1) Die Zusammenarbeit im Sinne von Artikel 1 erfolgt in Form der Unterstützung der gemäß des in diesem Abkommen geregelten Verfahrens vom Ministerium für Umwelt der Republik Litauen vorgeschlagenen und von beiden Vertragsparteien vereinbarten Projekte entsprechend der verfügbaren Haushaltsmittel des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit der Bundesrepublik Deutschland.

(2) Zur Durchführung der in diesem Abkommen näher bezeichneten Aufgaben wird die „Arbeitsgruppe für gemeinsame deutsch-litauische Umweltschutzprojekte“ eingerichtet, die zu gleichen Teilen aus Vertretern beider Vertragsparteien besteht, im Weiteren „Arbeitsgruppe“ genannt. Sie tritt bei Bedarf auf Fachebene zusammen und entscheidet im Einvernehmen.

Artikel 3

(1) Das Ministerium für Umwelt der Republik Litauen soll die Projekte für eine Zusammenarbeit nach diesem Abkommen vorschlagen. Dabei lässt sich das Ministerium für Umwelt der Republik Litauen von den Prioritäten der Republik Litauen sowie den Standards der Europäischen Union im Umweltbereich leiten. Die Projekte, bei deren Umsetzung die besten verfügbaren Techniken zum Einsatz kommen, müssen Modellcharakter haben.

(2) Das Ministerium für Umwelt der Republik Litauen leitet die für diese Projekte in deutscher und litauischer Sprache erstellten prüffähigen Projektunterlagen dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu.

(3) Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit der Bundesrepublik Deutschland prüft die übergebenen Projektunterlagen, gegebenenfalls unter Einbeziehung Dritter. Die Prüfung erfolgt auch unter Berücksichtigung der zum gegebenen Zeitpunkt verfügbaren deutschen Haushaltsmittel.

(4) Nach der Prüfung dieser Projektunterlagen mit positivem Ergebnis und Anhörung der die Projekte Anmeldenden, im weiteren „Fördernehmer“ genannt, unterbreitet das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit der Bundesrepublik Deutschland in Abhängigkeit von zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln der Arbeitsgruppe konkrete Förderangebote. Die Arbeitsgruppe nimmt die endgültige Auswahl der Projekte vor, die gefördert werden sollen.

(5) Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit der Bundesrepublik Deutschland benennt für jedes geförderte Projekt eine Institution, die das Projekt administrativ begleitet, im Weiteren „beauftragte Institution“ genannt.

Artikel 4

(1) In Abhängigkeit von den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln wird das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit der Bundesrepublik Deutschland Zuschüsse zur Umsetzung der betreffenden gemeinsamen Projekte gewähren. Die Zuschüsse werden den Fördernehmern durch die beauftragte Institution nach Maßgabe der Förderverträge im Sinne von Absatz 3 ausgezahlt. Darüber hinaus stellt das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit der Bundesrepublik Deutschland in Abhängigkeit von den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln die Finanzierung für in der Bundesrepublik Deutschland oder in der Republik Litauen bedarfsweise durchzuführende Fortbildungs- und Austauschprogramme für die Fördernehmer sicher.

(2) Auf Antrag der Fördernehmer kann die beauftragte Institution nach Überprüfung der Kreditwürdigkeit der Fördernehmer und der Möglichkeiten der Darlehensbesicherung auch zweckgebundene Darlehen zur Finanzierung der Projekte zur Verfügung stellen.

(3) Zur Festlegung der Höhe und der Bedingungen für die zweckgebundenen Darlehen und Zuschüsse schließen die beauftragte Institution und die Fördernehmer Förderverträge. In diesen wird unter anderem sichergestellt, dass die Fördernehmer die einzelnen Maßnahmen zur Umsetzung der im Rahmen der Arbeitsgruppe vereinbarten Projekte jeweils mit der beauftragten Institution abstimmen, wobei darauf zu achten ist, dass die besten verfügbaren Techniken und Technologien zum Einsatz kommen, wodurch die Projekte Modellcharakter erhalten. Die Förderverträge bedürfen vor ihrem Inkrafttreten der Zustimmung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit der Bundesrepublik Deutschland.

Artikel 5

Lieferungen und Leistungen zur Realisierung der Projekte werden im internationalen Wettbewerb ohne Inlandsbevorzugung nach dem Recht der Republik Litauen vergeben.

Artikel 6

In den Förderverträgen nach Artikel 4 Absatz 3 sind die Prüfungsrechte des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit der Bundesrepublik Deutschland, der beauftragten Institution sowie des Bundesrechnungshofes der Bundesrepublik Deutschland bei den Fördernehmern hinsichtlich der Verwendung der Zuschüsse nach Artikel 4 Absatz 1 zu vereinbaren.

Artikel 7

(1) Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft. Es wird auf unbestimmte Zeit geschlossen und kann von jeder Vertragspartei durch eine an die andere Vertragspartei gerichtete schriftliche Mitteilung gekündigt werden. Das Abkommen tritt nach Ablauf einer Frist von 6 Monaten ab Erhalt der schriftlichen Mitteilung außer Kraft.

Die Kündigung dieses Abkommens betrifft nicht die Realisierung der bereits begonnenen und zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens des Abkommens nicht abgeschlossenen Projekte.

(2) Dieses Abkommen kann im gegenseitigen Einvernehmen der Vertragsparteien geändert oder ergänzt werden. Die Änderungen oder Ergänzungen werden in separaten Protokollen festgehalten und treten gemäß der Regelungen über das Inkrafttreten dieses Abkommens in Kraft. Die gemäß dieser Bestimmungen erstellten Protokolle sind Bestandteil des vorliegenden Abkommens.

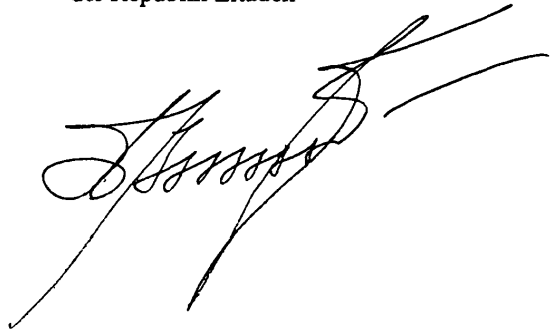
(3) Streitigkeiten über die Anwendung oder Auslegung dieses Abkommens werden durch Beratungen oder Verhandlungen zwischen den Vertragsparteien beigelegt.

Geschehen zu Berlin am 22. Juni 2016 in zwei Urschriften, jede in deutscher und litauischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für das Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz, Bau und
Reaktorsicherheit
der Bundesrepublik Deutschland



Für das Ministerium für Umwelt
der Republik Litauen



[LITHUANIAN TEXT – TEXTE LITUANIEN]

Vokietijos Federacinės Respublikos

federalinės aplinkos, gamtos apsaugos, statybų ir reaktorių saugos ministerijos

ir

Lietuvos Respublikos

aplinkos ministerijos

susitarimas

dėl

bendrų inovacinių aplinkos apsaugos projektų vykdymo

Lietuvos Respublikoje

Vokietijos Federacinės Respublikos
federaline aplinkos, gamtos apsaugos, statybų ir reaktorių saugos ministerija
ir
Lietuvos Respublikos
aplinkos ministerija -

- toliau vadinamos Susitariančiomis Šalimis -

palaikydamos draugiškus Vokietijos Federacinės Respublikos ir Lietuvos Respublikos santykius,

norėdamos stiprinti ir gilinti draugiškus santykius toliau bendradarbiaudamos aplinkos apsaugos srityje,

turėdamos omenyje 1993 m. balandžio 16 d. Vokietijos Federacinės Respublikos federalinės aplinkos, gamtos apsaugos ir reaktorių saugos ministerijos ir Lietuvos Respublikos aplinkos apsaugos departamento susitarimą dėl bendradarbiavimo aplinkos apsaugos srityje,

atsižvelgdamos į bendrą joms tenkančią atsakomybę už natūralius gyvybinius pamatus Europoje ir ketindamos prisidėti prie aplinkai tenkančios naštos mažinimo pasaulyje,

remdamosi 1992 m. gegužės 9 d. Jungtinių Tautų bendrąja klimato kaitos konvencija, 1997 m. gruodžio 11 d. Kioto protokolu ir 2015 m. gruodžio 12 d. Paryžiaus susitarimu dėl Jungtinių Tautų bendrosios klimato kaitos konvencijos -

susitarė:

1 straipsnis

(1) Šis Susitarimas reglamentuoja Vokietijos Federacinės Respublikos federalinės aplinkos, gamtos apsaugos, statybų ir reaktorių saugos ministerijos ir Lietuvos Respublikos aplinkos ministerijos bendradarbiavimą vykdant Lietuvos Respublikos teritorijoje bendrus aplinkos apsaugos projektus (toliau - projektai).

(2) Susitariančiosios Šalys, įgyvendinamos šio Susitarimo nuostatas, atitinkamai laikosi Susitariančių Šalių valstybių teritorijose galiojančių teisės aktų.

2 straipsnis

(1) Bendradarbiavimas, apibrėžtas 1-ajame straipsnyje, vyksta paramos, skiriamos šiame Susitarime nustatyta tvarka Lietuvos Respublikos aplinkos ministerijos pasiūlytiems ir abiejų Susitariančiųjų Šalių suderintiems projektams, forma, atsižvelgus į Vokietijos Federacinės Respublikos federalines aplinkos, gamtos apsaugos, statybų ir reaktorių saugumo ministerijos turimas biudžeto lėšas.

(2) Šiame Susitarime išsamiau išdėstytoms užduotims atlikti sudaroma darbo grupė bendriems Vokietijos ir Lietuvos aplinkos apsaugos projektams vykdyti, kurią lygiomis dalimis sudaro abiejų Susitariančiųjų Šalių atstovai (toliau - darbo grupė). Prireikus susirenka kompetentingi darbo grupės specialistai ir priima sprendimą abipusio susitarimo pagrindu.

Artikel 3

(1) Lietuvos Respublikos aplinkos ministerija, remdamasi šiuo Susitarimu, siūlo bendradarbiavimo projektus. Lietuvos Respublikos aplinkos ministerija vadovaujasi Lietuvos Respublikos prioritetais ir Europos Sąjungos standartais, galiojančiais

aplinkos srityje. Projektai, kurių metu bus taikomi geriausi turimi metodai, privalo tapti pavyzdiniais modeliais.

(2) Lietuvos Respublikos aplinkos ministerija, teikdama projektus, perduoda Vokietijos Federacinės Respublikos federalinei aplinkos, gamtos apsaugos, statybų ir reaktorių saugos ministerijai vokiečių ir lietuvių kalba parengtus projekto dokumentus, kuriuos galima patikrinti.

(3) Vokietijos Federacinės Respublikos federalinė aplinkos, gamtos apsaugos, statybų ir reaktorių saugos ministerija patikrina gautus projekto dokumentus, o prireikus tam pasitelkia trečiąsias šalis. Patikrinimas vyksta atsižvelgiant ir į tuo metu turimas Vokietijos biudžeto lėšas.

(4) Patikrinusi projekto dokumentus ir priėmusi teigiamą sprendimą, išklausiusi projekto teikejus (toliau - paramos gavėjai), Vokietijos Federacinės Respublikos federalinė aplinkos, gamtos apsaugos, statybų ir reaktorių saugos ministerija, atsižvelgusi į turimas biudžeto lėšas, pateikia darbo grupei konkrečius finansavimo pasiūlymus. Darbo grupė atranka finansuotinus projektus.

(5) Vokietijos Federacinės Respublikos federalinė aplinkos, gamtos apsaugos, statybų ir reaktorių saugos ministerija kiekvienam finansuojamam projektui priskiria instituciją, kuri tą projektą administruos (toliau - įgaliotoji institucija).

4 straipsnis

(1) Priklausomai nuo turimų biudžeto lėšų, Vokietijos Federacinės Respublikos federalinė aplinkos, gamtos apsaugos, statybų ir reaktorių saugos ministerija skiria subsidijas atrinktiems bendriems projektams vykdyti. Subsidijas paramos gavėjams išmoka įgaliotoji institucija, remdamasi finansavimo sutarčių 3-iaja pastraipa. Be to, Vokietijos Federacinės Respublikos federalinė aplinkos, gamtos apsaugos, statybų ir

reaktorių saugos ministerija, atsižvelgusi į turimas biudžeto lėšas, prireikus užtikrina paramos gavėjams finansavimą, kad jie galėtų dalyvauti tęstinio mokymo ir mainų programose Vokietijos Federacinėje Respublikoje arba Lietuvos Respublikoje.

(2) Paramos gavėjų prašymu įgaliotoji institucija, patikrinusi paramos gavėjų kreditingumą ir paskolos užtikrinimo galimybes, gali skirti ir asignuotąsias paskolas projektams finansuoti.

(3) Įgaliotoji institucija ir paramos gavėjai sudaro paramos sutartis, kuriose nustato asignuotųjų paskolų ir subsidijų sumą ir sąlygas. Šiose sutartyse, be kita ko, užtikrinama, kad paramos gavėjai visas atskiras priemones darbo grupėje Susitarimo projektams įgyvendinti derins su įgaliotąja institucija, atkreipdamos dėmesį į tai, kad būtų naudojami geriausiai metodais ir technologijomis, suteikiančioms projektams galimybę tapti pavyzdiniais modeliais. Paramos sutartys įsigalioja, kai jas patvirtina Vokietijos Federacinės Respublikos federalinė aplinkos, gamtos apsaugos, statybų ir reaktorių saugos ministerija.

5 straipsnis

Prekės ir paslaugos projektui įgyvendinti perkamos skelbiant viešą tarptautinį konkursą Lietuvos Respublikoje galiojančių teisės aktų nustatyta tvarka neteikiant pirmenybės nacionaliniams tiekėjams.

6 straipsnis

Paramos sutartyse pagal 4 straipsnio 3 pastraipą turi būti susitarta dėl Vokietijos Federacinės Respublikos federalinės aplinkos, gamtos apsaugos, statybų ir reaktorių saugos ministerijos, įgaliotosios institucijos ir Vokietijos Federacinės Respublikos

audito rūmų kontrolės teisių, susijusių su tinkamu paramos gavėjams skirtų subsidijų naudojimu pagal 4 straipsnio 1 pastraipą.

7 straipsnis

(1) Šis Susitarimas įsigalioja jo pasirašymo dieną. Jis sudaromas neribotam laikui ir gali būti nutrauktas vienai iš Susitariančiųjų Šalių raštu pranešus apie tai kitai Susitariančiajai Šaliai. Susitarimas netenka galios praėjus 6 mėnesiams nuo raštiško pranešimo gavimo datos. Susitarimo nutraukimas neturi įtakos jau pradėtiems ir susitarimo nutraukimo metu dar nebaigtiems projektams.

(2) Šis Susitarimas gali būti keičiamas ar papildomas abipusiu Susitariančiųjų Šalių sutarimu. Pakeitimai ir papildymai įforminami atskiru protokolu ir įsigalioja tokia pat kaip ir šis Susitarimas tvarka. Pagal pirmiau minetas nuostatas sudaromas protokolas yra neatsiejama šio Susitarimo dalis.

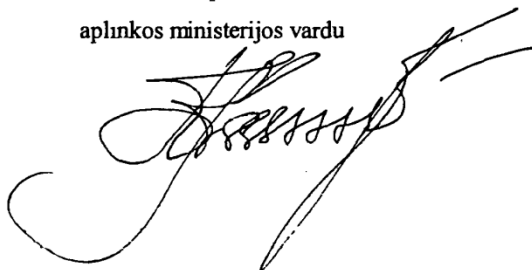
(3) Visi su šio Susitarimo taikymu ar aiškinimu susiję ginčai sprendžiami Susitariančiųjų Šalių konsultacijomis ir (arba) derybomis.

Pasirašyta Berlyne 2016 m. birželio 22 d. dviem originalo egzemplioriais, abu vokiečių ir lietuvių kalba ir abu turi vienodą teisinę galią.

Vokietijos Federacinės
Respublikos federalinės aplinkos,
gamtos apsaugos, statybų ir
reaktorių saugos ministerijos vardu



Lietuvos Respublikos
aplinkos ministerijos vardu



[TRANSLATION – TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE FEDERAL MINISTRY FOR THE ENVIRONMENT,
NATURE CONSERVATION, BUILDING AND NUCLEAR SAFETY OF THE
FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE MINISTRY OF THE
ENVIRONMENT OF THE REPUBLIC OF LITHUANIA ON THE JOINT
IMPLEMENTATION OF ENVIRONMENTAL PROTECTION PILOT PROJECTS
IN THE REPUBLIC OF LITHUANIA

The Federal Ministry for the Environment, Nature Conservation, Building and Nuclear Safety of the Federal Republic of Germany and the Ministry of Environment of the Republic of Lithuania,

Hereinafter referred to as “the Contracting Parties”,

In the spirit of the existing friendly relations between the Federal Republic of Germany and the Republic of Lithuania,

Desiring to strengthen and deepen those friendly relations through further cooperation in the field of environmental protection,

Bearing in mind the Agreement between the Federal Ministry for the Environment, Nature Conservation and Nuclear Safety and the Department of Environmental Protection of the Republic of Lithuania of 16 April 1993 on cooperation in the field of environmental protection,

Considering the shared responsibility for Europe's natural resources and with a view to contributing to reducing global pressures on the environment,

Bearing in mind the United Nations Framework Convention on Climate Change of 9 May 1992, the Kyoto Protocol of 11 December 1997 and the Paris Agreement of 12 December 2015 on the United Nations Framework Convention on Climate Change.

Have agreed as follows:

Article 1

(1) The present Agreement shall govern cooperation between the Federal Ministry for the Environment, Nature Conservation, Building and Nuclear Safety of the Federal Republic of Germany and the Ministry of the Environment of the Republic of Lithuania on the joint implementation of environmental protection pilot projects in the territory of the Republic of Lithuania, hereinafter referred to as “projects”.

(2) In implementing the provisions of the present Agreement, the Contracting Parties shall comply with the laws in force in the respective territories of the Contracting Parties.

Article 2

(1) The cooperation referred to in article 1 shall take the form of support for projects proposed by the Ministry of the Environment of the Republic of Lithuania and agreed upon by both Contracting Parties in accordance with the procedure laid down in the present Agreement and

within the limits of the available budget funds of the Federal Ministry for the Environment, Nature Conservation, Building and Nuclear Safety of the Federal Republic of Germany.

(2) In order to carry out the tasks specified in the present Agreement, the Working Group for Joint German-Lithuanian Environmental Protection Projects shall be established, comprising equal numbers of representatives of both Contracting Parties, hereinafter referred to as the "Working Group". It shall meet, as necessary, at the technical level and shall take decisions by mutual agreement.

Article 3

(1) The Ministry of the Environment of the Republic of Lithuania shall propose the projects for cooperation under the present Agreement. The Ministry of the Environment of the Republic of Lithuania shall be guided by the priorities of the Republic of Lithuania and the standards of the European Union in the environmental field. The best available techniques shall be used in implementation of the projects, which must serve as models.

(2) The Ministry of the Environment of the Republic of Lithuania shall forward the project documents, which shall be drawn up in the German and Lithuanian languages and ready for review, to the Federal Ministry for the Environment, Nature Conservation, Building and Nuclear Safety of the Federal Republic of Germany.

(3) The Federal Ministry for the Environment, Nature Conservation, Building and Nuclear Safety of the Federal Republic of Germany shall review the submitted project documents with, if necessary, the involvement of third parties. The review shall also take into account the German budget funds available at the time.

(4) After reviewing the project documents and evaluating them favourably and after hearing the project applicants, hereinafter referred to as the "grant recipients", the Federal Ministry for the Environment, Nature Conservation, Building and Nuclear Safety of the Federal Republic of Germany shall submit specific funding offers to the Working Group subject to the availability of budget funds. The Working Group shall make the final selection of the projects to be funded.

(5) For each project to be funded, the Federal Ministry for the Environment, Nature Conservation, Building and Nuclear Safety of the Federal Republic of Germany shall appoint an institution to provide administrative support for the project, hereinafter referred to as the "commissioned institution".

Article 4

(1) Subject to the availability of budget funds, the Federal Ministry for the Environment, Nature Conservation, Building and Nuclear Safety of the Federal Republic of Germany shall award grants for the implementation of the joint projects concerned. The grants shall be paid to the grant recipients by the commissioned institution in accordance with the grant agreements, as defined in paragraph 3. In addition, the Federal Ministry for the Environment, Nature Conservation, Building and Nuclear Safety of the Federal Republic of Germany shall, subject to the availability of budget funds, ensure the financing of training and exchange programmes for the grant recipients to be carried out in the Federal Republic of Germany or in the Republic of Lithuania, as required.

(2) At the request of the grant recipients, the commissioned institution may, after checking the creditworthiness of the grant recipients and the possibilities of loan collateralization, also provide earmarked loans to finance the projects.

(3) In order to determine the amount and conditions for the earmarked loans and grants, the commissioned institution and the grant recipients shall conclude grant agreements. These agreements shall ensure, among other things, that the grant recipients coordinate the individual measures for implementing the projects agreed upon in the Working Group with the commissioned institution, making sure that the best available techniques and technologies are used, so that the projects can serve as models. The funding contracts shall require the approval of the Federal Ministry for the Environment, Nature Conservation, Building and Nuclear Safety of the Federal Republic of Germany before entering into force.

Article 5

Supplies and services for the implementation of the projects shall be provided through international competitions without domestic preference in accordance with the law of the Republic of Lithuania.

Article 6

With regard to the grant agreements referred to in article 4, paragraph 3, the Federal Ministry for the Environment, Nature Conservation, Building and Nuclear Safety of the Federal Republic of Germany, the commissioned institution and the Federal Audit Office of the Federal Republic of Germany shall reach agreement with the grant recipients regarding the right to audit how the grants referred to in article 4, paragraph 1, are used.

Article 7

(1) The present Agreement shall enter into force on the day of its signature. It shall be concluded for an indefinite period and may be terminated by either Contracting Party by written notice addressed to the other Contracting Party. The Agreement shall cease to be in force six months after the date of receipt of the written notification.

Termination of the present Agreement shall not affect the implementation of projects already started but not completed on the date of expiry of the Agreement.

(2) The present Agreement may be amended and supplemented by agreement between the Contracting Parties. Amendments or additions shall be recorded in separate minutes and shall enter into force in accordance with the provisions governing the entry into force of the present Agreement. Protocols drawn up in accordance with these provisions shall form an integral part of the present Agreement.

(3) Disputes concerning the application or interpretation of the present Agreement shall be settled, insofar as possible, by negotiation between the Contracting Parties.

DONE at Berlin, on 22 June 2016 in two original copies, each in the German and Lithuanian languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Ministry for the Environment, Nature Conservation, Building and Nuclear
Safety of the Federal Republic of Germany:

[SIGNED]

For the Ministry of the Environment of the Republic of Lithuania:

[SIGNED]

[TRANSLATION – TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LE MINISTÈRE FÉDÉRAL DE L'ENVIRONNEMENT, DE LA PROTECTION DE LA NATURE, DE LA CONSTRUCTION ET DE LA SÛRETÉ NUCLÉAIRE DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE MINISTÈRE DE L'ENVIRONNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DE LITUANIE CONCERNANT LA MISE EN ŒUVRE EN RÉPUBLIQUE DE LITUANIE DE PROJETS PILOTES COMMUNS POUR LA PROTECTION DE L'ENVIRONNEMENT

Le Ministère fédéral de l'environnement, de la protection de la nature, de la construction et de la sûreté nucléaire de la République fédérale d'Allemagne et le Ministère de l'environnement de la République de Lituanie,

Ci-après dénommés les « Parties contractantes »,

Guidés par les relations d'amitié qui existent entre la République fédérale d'Allemagne et la République de Lituanie,

Souhaitant consolider ces relations grâce à une coopération plus étroite dans le domaine de la protection de l'environnement,

Ayant à l'esprit l'Accord entre le Ministère fédéral de l'environnement, de la protection de la nature et de la sûreté nucléaire de la République fédérale d'Allemagne et le Département de la protection de l'environnement de la République de Lituanie du 16 avril 1993 relatif à la coopération dans le domaine de la protection de l'environnement,

Vu la responsabilité qui incombe aux deux pays de préserver les ressources naturelles européennes et leur intention de faire tout leur possible pour réduire les pressions pesant sur l'environnement à travers le monde,

Compte tenu de la Convention-cadre des Nations Unies sur les changements climatiques du 9 mai 1992 ainsi que de son Protocole de Kyoto du 11 décembre 1997 et de l'Accord de Paris du 12 décembre 2015 relatif à ladite Convention-cadre,

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier

1. Le présent Accord régit la coopération entre le Ministère fédéral de l'environnement, de la protection de la nature, de la construction et de la sûreté nucléaire de la République fédérale d'Allemagne (ci-après dénommé le « Ministère allemand ») et le Ministère de l'environnement de la République de Lituanie (ci-après dénommé le « Ministère lituanien ») pour la mise en œuvre commune de projets pilotes en matière d'environnement (ci-après dénommés les « projets ») sur le territoire de la République de Lituanie.

2. Lorsqu'elles appliquent les dispositions du présent Accord, les Parties contractantes se conforment aux lois en vigueur sur leurs territoires respectifs.

Article 2

1. La coopération visée à l'article premier prend la forme d'un soutien apporté à des projets proposés par le Ministère lituanien et convenus entre les deux Parties contractantes conformément à la procédure établie par le présent Accord, dans les limites des fonds inscrits au budget du Ministère allemand.

2. Afin de mener à bien les tâches prévues par le présent Accord, le Groupe de travail germano-lituanien pour les projets conjoints dans le domaine de protection de l'environnement (ci-après dénommé le « Groupe de travail ») est créé. Il est constitué d'un nombre égal de représentants des deux Parties contractantes. Le Groupe de travail se réunit, s'il y a lieu, pour régler les questions techniques et prend les décisions nécessaires d'un commun accord.

Article 3

1. Le Ministère lituanien propose les projets pouvant faire l'objet d'une coopération au titre du présent Accord. Ce faisant, il tient compte des priorités de la République de Lituanie et des normes environnementales européennes. Les projets, mis en œuvre en ayant recours aux meilleures techniques disponibles, doivent pouvoir servir d'exemples.

2. Le Ministère lituanien communique au Ministère allemand les descriptifs de projets, lesquels, ayant été préparés en langues allemande et lituanienne, sont prêts à être examinés.

3. Le Ministère allemand examine ces descriptifs et peut faire appel, s'il y a lieu, à des tiers pour l'aider dans cette tâche. Le résultat de cette analyse tient également compte du budget dont dispose le Ministère allemand au moment où a lieu l'examen.

4. Après avoir procédé audit examen et entendu les auteurs des projets sélectionnés (ci-après dénommés les « bénéficiaires »), le Ministère allemand communique au Groupe de travail des offres de financement spécifiques en fonction des fonds disponibles. La décision définitive concernant le financement des projets revient au Groupe de travail.

5. Le Ministère allemand désigne, pour chaque projet financé, une institution (ci-après dénommée l'« institution désignée ») chargée de fournir l'appui administratif nécessaire.

Article 4

1. Sous réserve des fonds disponibles, le Ministère allemand accorde des subventions pour la mise en œuvre des projets conjoints concernés. L'institution désignée se charge de verser les fonds aux bénéficiaires conformément aux accords de subvention définis au paragraphe 3 ci-dessous. Le Ministère allemand finance également, dans la mesure des fonds disponibles, l'organisation, en République fédérale d'Allemagne ou en République de Lituanie, des formations ou des programmes d'échange qui peuvent s'avérer nécessaires aux bénéficiaires.

2. Sur demande des bénéficiaires, l'institution désignée peut, en outre, leur accorder des prêts réservés à des fins déterminées afin de financer leurs projets, après vérification de leur solvabilité ainsi que des possibilités de constitution d'un nantissement.

3. Dans ce cas, l'institution désignée et le bénéficiaire concerné concluent un accord de subvention, qui définit le montant et la condition de ce prêt. Cet accord prévoit, en particulier, que le bénéficiaire devra consulter l'institution désignée sur chaque mesure de mise en œuvre du projet convenu au sein du Groupe de travail et avoir recours aux meilleures techniques et technologies

disponibles afin que le projet puisse servir de modèle. Les accords de subvention doivent être approuvés par le Ministère allemand avant d'entrer en vigueur.

Article 5

Les contrats concernant le matériel et les services nécessaires à la mise en œuvre des projets sont attribués sur appels d'offres ouverts à tous, sans préférence nationale et conformément à la législation lituanienne.

Article 6

En ce qui concerne les accords de subvention visés au paragraphe 3 de l'article 4, le Ministère allemand, l'institution désignée et la Cour des comptes allemande s'entendent avec les bénéficiaires quant au droit de vérifier la façon dont sont utilisées les subventions visées au paragraphe 1 de l'article 4.

Article 7

1. Le présent Accord entre en vigueur à la date de sa signature. Il est conclu pour une durée indéterminée et peut être dénoncé par notification écrite d'une Partie contractante à l'autre. Dans ce cas, il prend fin six mois après la date de réception de ladite notification.

Cette dénonciation est sans effet sur la mise en œuvre des projets commencés avant la date d'expiration du présent Accord, mais qui ne sont pas encore terminés.

2. Le présent Accord peut être modifié et complété d'un commun accord entre les Parties contractantes. Les modifications ou ajouts sont consignés dans des procès-verbaux distincts et entrent en vigueur conformément aux dispositions régissant l'entrée en vigueur du présent Accord. Les protocoles établis conformément à ces dispositions font partie intégrante du présent Accord.

3. Tout différend quant à l'application ou à l'interprétation du présent Accord doit être réglé, autant que possible, par voie de négociation entre les Parties contractantes.

FAIT à Berlin, le 22 juin 2016, en deux exemplaires originaux, en langues allemande et lituanienne, les deux textes faisant également foi.

Pour le Ministère fédéral de l'environnement, de la conservation de la nature, de la construction et de la sûreté nucléaire de la République fédérale d'Allemagne :

[SIGNÉ]

Pour le Ministère de l'environnement de la République de Lituanie :

[SIGNÉ]